Technik mit Tücken | Affen mit Bärten

In der Schweiz ist das erste Auto angekommen, das selber durch lich spannend ist ihr die Stadt fährt. 6

Alle reden von ihrem Schnauz. Aber wirk-Familienleben. 25

Film mit Maschinen

George Miller gelingt mit «Mad Max: Fury Road» ein fulminanter Actionstreifen. 29



Ana Crnogorcevic Die Fussballerin aus dem Berner Oberland greift nach Europas Krone. *17*

AZ 3000 Bern 1





Mittwoch, 13. Mai 2015 – 166. Jahrgang, Nr. 110 – Fr. 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Heute im «Bund»

Bluttat

Täter ist aus Thurgauer Klinik entlassen worden

Der Mann, der am Samstag in Würenlingen AG vier Personen erschoss und sich selbst richtete, ist neun Tage vor der Bluttat aus der fürsorgerischen Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik entlassen worden. Er kam auf ärztliche Anordnung frei. – Seite 7

Finanzmarkt

Ein Orkan am Obligationenmarkt verunsichert Anleger

Investoren haben Anleihen von Euroländern zuletzt in Massen abgestossen, nachdem sie dieselben Titel zuvor zu fast jedem Preis zusammengekauft hatten. Nun schwappt die Verkaufswelle nach Amerika über. - Seite 13

Neue Präsidentin will weniger Lohn als ihr Vorgänger

Antoinette Hunziker-Ebneter verdient als neue Präsidentin der Berner Kantonalbank BEKB weniger als ihr Vorgänger Jürg Rieben. Es handelt sich aber nicht um Frauendiskriminierung, da sie freiwillig verzichtet. – Seite 15

Bayerns Ehrenmeldung bei **Barcelonas Finaleinzug**

Der FC Barcelona steht am 6. Juni in Berlin im Final der Champions League. Bayerns 3:2 im Rückspiel hatte bloss noch statistischen Charakter. Den zweiten Finalisten ermitteln heute Real Madrid und Juventus (Hinspiel 1:2). – Seite 18

Pensionskasse

Gemeinden müssen tief in die Tasche greifen

Für die Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Gemeinden Bolligen, Ittigen, Ostermundigen und Jegenstorf liegt ein Sanierungsplan vor. Kostenpunkt: 42,5 Millionen Franken oder auch mehr. Kommentar und Bericht Seite 23

Nepal

Neue Erdstösse versetzen **Menschen in Panik**

Rund zwei Wochen nach dem verheerenden Erdbeben mit mehr als 8000 Toten in Nepal ist die Himalaja-Region am Dienstag erneut von einem schweren Beben erschüttert worden. Dabei gab es in Nepal und angrenzenden Ländern erneut viele Tote und Verletzte. - Seite 28

Service

Berner Kultur – 35

Meinungen – 10 Börse – 14 Wetter-24 Fernsehen & Radio – 26/27 Todesanzeigen/Danksagungen – 32 Kinoprogramm – 34

Liebe Leserin, lieber Leser

An Auffahrt erscheint kein «Bund». Die nächste Ausgabe erhalten Sie am Freitag, 15. Mai. Auf www.derbund.ch bleiben Sie stets aktuell informiert. Wir wünschen

ihnen einen schönen Feiertag. Redaktion «Der Bund»

Das Auge der Liebe



Als Pornografie wurden 1954 die Bilder beschimpft, die René Groebli auf der Hochzeitsreise von seiner Frau machte. An der Photo Münsingen zeigt nun der 87-jährige Fotograf noch einmal die trunken schönen frühen Aufnahmen einer Liebe, die 68 Jahre dauerte. (bnb) – Seite 36

Der Poker um die Verteilung der Flüchtlinge in Europa

Der Plan Brüssels, eine Quotenregelung einzuführen, stösst in London auf Kritik.

Anja Burri

Europa reagiert auf die Flüchtlingsdramen und die Hilferufe der Mittelmeerländer. Heute Mittwoch wird die EU-Kommission höchstwahrscheinlich ein Quotenmodell zur gerechteren Verteilung von Flüchtlingen in Europa präsentieren. Dabei sollen neben der Bevölkerungszahl und dem Bruttosozialprodukt auch die Arbeitslosenquote und die Zahl der bislang aufgenommenen Menschen eine Rolle spielen.

Die «Süddeutsche Zeitung» machte bereits gestern Details zu den Vorschlägen der EU-Kommission publik. Diese plant demnach ein Pilotprojekt, bei dem 40 000 Flüchtlinge nach den neuen Re-

geln verteilt werden sollen. Dies wäre an der Einwohnerzahl mehr Asylgesueine Abkehr von der derzeitigen Praxis, che. Ob und wie genau sich die Schweiz wonach Flüchtlinge in dem EU-Land bleiben und dort Asyl beantragen müssen, in dem sie ankommen. Die Pläne der EU-Behörde sind allerdings innerhalb der EU höchst umstritten - vor allem unter jenen Staaten, die künftig mehr Asylbewerber aufnehmen müssten. Die von Premier David Cameron angeführte britische Regierung etwa liess via Sprecher ausrichten, sie werde einem Quoten-System nicht zustimmen.

Teilnahme der Schweiz noch offen

Die Schweiz würde von einem Verteilschlüssel profitieren. Nur wenige EU-Länder verzeichnen heute gemessen an dem neuen System beteiligen würde, ist noch unklar. Dies hängt davon ab, wie die EU die Neuerungen regeln wird. Rechtsprofessoren sehen zwei Möglichkeiten: Entweder die EU regelt die Verteilung der Flüchtlinge parallel zu den Abkommen von Schengen und Dublin. Dann stünde es der Schweiz wohl frei, sich zu beteiligen. Oder aber die EU passt die bestehende Dubliner Verordnung an. Die Schweiz könnte in diesem Fall die Änderungen akzeptieren oder sie müsste ganz auf eine Teilnahme am Schengen-Dublin-System verzichten. – Kommentar rechts, Berichte Seiten 2 und 3

Bernexpo will keine Mantelnutzung für Eventhalle

30 Millionen Franken sollen die Berner Steuerzahler für die neue Eventhalle der Bernexpo locker machen. Eine Mitfinanzierung durch Dritte nach Vorbild des Stade de Suisse wurde offenbar nicht geprüft. Bernexpo-Chef Roland Brand sagt, eine Mantelnutzung «wäre nicht zonenkonform», würde Mehrverkehr verursachen und die Umsetzung

des Projekts gefährden. Der Berner Eventveranstalter Philippe Cornu glaubt derweil an das Potenzial einer 9000 Besucher fassenden Halle in Bern. «Nicht jede Band kann das Zürcher Hallenstadion füllen.» Wichtig sei, dass die Kapazität wie auch die Mietbedingungen gegen unten flexibel angepasst werden könnten. (amü) – Seite 19

Schweizer Millionen-Lobbying in Brüssel

Die EU ist für die Schweizer Wirtschaft von grösster Bedeutung. Gemäss dem EU-Transparenz-Register lassen sich Schweizer Multis die Beeinflussung des Machtapparats gegen 40 Millionen Euro kosten. Spitzenreiter unter den Schweizer Lobbyisten ist die Europa-Niederlassung des US-Chemieriesen Dow mit 4 Millionen Euro. Dick im Geschäft sind auch die Grossbanken. (lh/rf) – Seite 11

Kommentar

Sandro Benini

Vernünftig, aber kaum umsetzbar

Wenn eine Regel nicht funktioniert oder wenn sich ein Gesetz nicht bewährt, muss man sie ändern. 2003 trat innerhalb der EU die Dublin-Verordnung in Kraft, die mittlerweile auch für die Schweiz gilt. Sie sieht vor, dass ein Asylsuchender seinen Antrag nur in jenem Land stellen darf, in das er eingereist ist. Die Regelung hat sich als untauglich erwiesen, weil sie Bürokratie, Unterbringung und Nothilfe einseitig jenen Staaten aufbürdet, die geografisch exponiert sind, insbesondere Italien, Griechenland und Malta. In Zukunft soll nach den Plänen der EU-Kommission ein Quotensystem den Aufwand möglichst gleichmässig auf die 28 EU-Mitgliedsstaaten verteilen.

Der Kurswechsel ist angesichts des anschwellenden Flüchtlingsstromes und der Tragödien im Mittelmeer nachvollziehbar. Zumindest auf dem Papier ist die Idee vernünftig - und doch wird sie höchstwahrscheinlich an mangelnder Solidarität zwischen den einzelnen EU-Mitgliedern scheitern. Bereits den geplanten «Pilotversuch» mit 40 000 Flüchtlingen lehnen die Regierungen jener Länder ab, in denen eher wenig Asylgesuche gestellt werden - etwa Grossbritannien, Polen oder Lettland. Eigennutz, die Angst vor Unmut in der Bevölkerung oder vor einem weiteren Aufschwung fremdenfeindlicher Parteien überwiegen gesamteuropäische Interessen. Einmal mehr zeigt sich, dass ein heterogenes, Kompromissen und nationalen Empfindlichkeiten verpflichtetes Gebilde wie die EU unfähig ist, Krisensituationen rasch und entschlossen zu begegnen. Das Quotensystem ist auch ander-

weitig problematisch: Vergleichsweise arme Länder wie Rumänien und Bulgarien besitzen bloss eine rudimentäre Infrastruktur, um Flüchtlinge aufzunehmen. Und wer soll verhindern, dass Migranten trotz Quoten in jene Länder weiterreisen, in denen sie sich reale Aufstiegschancen erhoffen? Sollte die Regelung dennoch in Kraft treten, wird dies lange dauern, und man wird sie verwässern. Die EU riskiert, die unbrauchbare Dublin-Verordnung durch ein System zu ersetzen, das bestenfalls halbwegs funktioniert. Eine Lösung der Flüchtlingsmisere ist das nicht.



